

## „WORT“

Extrait de l'édition du 8 mai 2008

### WSR-Gutachten 2008

#### Der Reichtum, die Armut und das Risiko

##### Denkanstöße im Vorfeld zur Lage der Nation

VON LAURENT ZEIMET

Am 22. Mai wird Premierminister Jean-Claude Juncker im Parlament wohl die letzte Erklärung zur Lage der Nation dieser CSV/LSAP-Koalition ablegen, die noch Auswirkungen haben kann. Heute und morgen treffen sich die Minister in Senningen zur Vorbereitung. Wie üblich empfiehlt der Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) sein Gutachten über die wirtschaftliche, soziale und finanzielle Lage des Landes zur Lektüre. In der diesjährigen Ausgabe befasst sich der WSR detailliert mit dem Armutsrisiko im Großherzogtum. Im Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) versammeln sich Vertreter von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, öffentlichem Dienst und Regierung, um gemeinsam über die Herausforderungen des Landes zu beraten. Laut Gesetz soll der WSR jedes Jahr ein Gutachten über die wirtschaftliche, soziale und finanzielle Lage des Landes erarbeiten. Traditionell dienen diese Überlegungen der Regierung als Vorlage für deren Erklärung zur Lage der Nation vor der Abgeordnetenversammlung.

##### 2008: Wendepunkt für den Finanzplatz

Nach erfolgreichen Jahren erreicht der Finanzplatz 2008 einen Wendepunkt, schreibt der WSR. Die „unbestreitbare Lokomotive“ der nationalen Wirtschaft bleibt weiter vom internationalen Finanz- und Börsengeschäft abhängig. Rund 40 000 Personen arbeiten am Finanzplatz, weitere 20 000 Arbeitsplätze hängen indirekt davon ab. Nahezu ein Drittel der Staatseinnahmen stammen aus dem Finanzgeschäft, das zudem fast die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. „Der Finanzsektor sorgt für den Reichtum des Landes“, hält das WSR-Gutachten ohne Umschweife fest.

Der Finanzplatz sei bisher nicht allzu hart von der internationalen Kreditkrise getroffen worden, sei den Auswirkungen dennoch weiter ausgesetzt. Die Regierung wird ermahnt, alles Nötige und Nützliche zu unternehmen, um die Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten. Das Gutachten beruft sich auf Vorhersagen des Statec und geht davon aus, dass die Wirtschaft in diesem Jahr um vier Prozent wachsen könne (gegenüber fünf Prozent 2007). Die leichte Flaute soll aber nur vorübergehend sein. 2009 erwartet man sich bereits wieder eine Erholung. Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen soll sich 2008 ebenfalls abkühlen. 2007 wurden unter dem Strich 13 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Vor allem im Dienstleistungsbereich (inklusive Finanzplatz) und im Baugewerbe. Wie in den Vorjahren wurden 70 Prozent der neuen Stellen von Pendlern besetzt. Die Arbeitslosenquote soll im laufenden Jahr weiter fallen. Die unwägbare weltweite Konjunktur könnte allerdings alle Vorhersagen zur Makulatur werden lassen.

##### Armutsrisiko im Großherzogtum .

Der Wirtschafts- und Sozialrat analysiert in seinem Gutachten das Armutsrisiko in Luxemburg. 14 Prozent der Haushalte mussten 2006 mit einem Einkommen auskommen, das unterhalb der Armutsschwelle lag. Aufgrund der Fehlerquote könne man nicht darauf schließen, dass die Armut seit 2003 gestiegen sei, so der WSR. Man könne allerdings feststellen, dass im gleichen Zeitraum die Quote der vom Armutsrisiko Betroffenen nicht gesunken sei.

Die Haushalte mit Armutsrisiko zeichneten sich durch einige Merkmale aus: Ein schwaches Ausbildungsniveau, Arbeitslosigkeit oder zumindest eine begrenzte Tätigkeit, Isolation und Kinder. Kommen einige dieser Faktoren in einem Haushalt zusammen, steigt natürlich das Armutsrisiko.

Der WSR bestätigt, die Erkenntnis, dass ohne die Umverteilung durch die Sozialleistungen, das Armutsrisiko weit höher liege. Statt 14 Prozent der Haushalte wären ohne soziale Umverteilung 23,8 Prozent vom Armutsrisiko betroffen. 18 Prozent der Haushalte geben wiederum an, mit dem eigenen Einkommen nur mit Mühe über die Runden zu kommen.

Wie kann man die Lage der „armen“ Haushalte verbessern? Laut Statistik-Amt wäre das Armutsrisiko ganz zu beheben, indem der Staat den Haushalten, die mit einem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle auskommen müssen, die fehlende Summe ausbezahlt und die Haushalte so über die Armutsschwelle hebt. Das Armutsrisiko würde auf Null sinken. Die Kosten dieser Aufstockung des RMG werden auf 242 Millionen Euro im Jahr geschätzt. Wirklich überzeugt von diesem Ansatz zeigen sich die Gutachter des WSR jedoch nicht und schlagen andere Mittel und Wege vor, um das Armutsrisiko zu bekämpfen. So wünscht man sich einen beschleunigten Ausbau der Betreuungsinfrastrukturen für Kinder. Damit die Eltern Berufs- und Familienleben besser vereinbaren können.

Gezielte Sozialleistungen für Beschäftigte, deren Einkommen trotz Jobs unterhalb der Armutsschwelle liegt. Ausbildung und Weiterbildung sollen verbessert werden, mehr Jugendliche sollen einen höheren Abschluss machen. Der WSR spricht sich für gezieltere Familienleistungen aus. Die bestehenden Zulagen sollen durch Gutscheine für Kinderhorte und Kantinen usw. ergänzt werden. Der Steuerabschlag für Alleinerziehende will der WSR in eine Steuergutschrift umbauen. Die staatlichen Sozialleistungen sollen monatlich ausbezahlt und periodisch angepasst werden.

Eine Nichtanpassung der Sozialleistungen komme nämlich auf Dauer einem realen Verlust an Kaufkraft gleich. Auch die Steuertabellen sollen regelmäßig an die Teuerungsrate angepasst werden, wobei eine Inflationsbereinigung stets von entsprechenden sozialen Korrekturen begleitet werden müsse. Das letzte Kapitel des WSR-Gutachtens behandelt die Finanzlage des Staates.

### **Verlässliches Zahlenmaterial erwünscht**

Das Gremium bedauert vor allem das Fehlen verlässlichen Datenmaterials. Obwohl die staatliche Budgetplanung und die Steuerschätzungen sich in den letzten Jahren wesentlich verbessert hätten. Der WSR erwartet sich eine noch ehrgeizigere Reform des Budgetverfahrens. Der Staatshaushalt soll die Ziele festlegen, den Ministerien und Verwaltungen aber mehr Freiraum zugestehen, um die gesteckten Ziele mit den zugestandenen Finanzmitteln zu erreichen. Die „Performance“ soll am Ende überprüft werden. Der WSR erwartet sich dadurch eine rationelle Ausführung des Budgets. Die Kommunen sollen ihrerseits zu einer Finanzplanung über mehrere Jahre verpflichtet werden.

Der Wirtschafts- und Sozialrat legt sein Gutachten vor. Verhaltener Optimismus WSR spricht sich gegen Gießkannenprinzip bei den Sozialleistungen aus VON DANI SCHUMACHER

Die Konjunktur, die soziale Kohäsion und die Staatsfinanzen bilden die Schwerpunkte bei dem Gutachten des Wirtschafts- und Sozialrats, das gestern vorgestellt wurde.

Der Präsident des Wirtschafts- und Sozialrats (WSR), Romain Schmit, begann seine Ausführungen mit einem Rückblick. 2007 habe es weltweit ein robustes Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent gegeben. Luxemburg brachte es immerhin auf fünf Prozent. Und dies obschon das internationale Umfeld nicht optimal gewesen sei, so Schmit: Ein schwacher Dollar, die Immobilienkrise in den USA und die hohen Erdölpreise setzten der Wirtschaft zu. Sorgen macht sich der WSR über die Inflation. Zwar lag die Teuerungsrate im vergangenen Jahr mit 2,3 Prozent leicht unter dem Niveau des Vorjahres (2,7 Prozent), doch

der rasante Anstieg gegen Ende des Jahres auf zuletzt 3,4 Prozent im Dezember lässt beim Wirtschafts- und Sozialrat die Alarmglocken läuten: Präsident Schmit kündigte deshalb für Ende des Jahres einen Sonderbericht zu dem Thema an.

Bei der Beschäftigung gibt der WSR zumindest teilweise Entwarnung. Insgesamt ging die Arbeitslosigkeit 2007 leicht zurück. Problematisch wertete Schmit hingegen die Zahlen bei den Behinderten und bei den älteren Arbeitnehmern, die nach wie vor sehr schwer einen Job finden. 2009 will der Rat deshalb eine Analyse durchführen, in der vor allem der Praxis des „Reclassement“ auf den Zahn gefühlt werden soll.

„Die Aussichten für 2008 werden überschattet von den Turbulenzen auf den Finanzmärkten“, unterstrich der WSR-Präsident. Die UN hat ihre Prognosen für das weltweite Wirtschaftswachstum bereits auf 3,4 Prozent korrigiert. In Luxemburg revidierte der Statec seine Prognosen von zunächst 4,5 auf nunmehr vier Prozent. „Allerdings rechnen wir im kommenden Jahr mit einer leichten Erholung“, so Schmit, der für 2009 von einem Wachstum von fünf Prozent ausgeht. Was nun den Finanzplatz angeht, so erteilte Romain Schmit den Rufen nach mehr Reglementierung eine Absage. „Auch wenn die Resultate 2008 sicherlich nicht ganz so gut ausfallen werden wie im Vorjahr, so hat der Finanzplatz Luxemburg bislang noch nicht allzu sehr gelitten“, präzisierte der Präsident des WSR. Auch wenn es bei einigen Finanzinstituten bereits zu Entlassungen in Folge von Restrukturierungen gekommen sei, so müssten sich die betroffenen Arbeitnehmer dennoch keine großen Sorgen machen. Nach wie vor würden händeringend hoch qualifizierte Mitarbeiter gesucht und auch das Potenzial der Großregion sei beinahe erschöpft. Völlige Entwarnung wollte Schmit indes nicht geben. „Die aktuelle Finanzkrise könnte Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben, und somit auch auf die Staatsfinanzen“, so der Präsident. Desindexierung der Familienzulagen überdenken Der Wirtschafts- und Sozialrat setzt sich in seinem Gutachten auch mit den Themen Armut und soziale Kohäsion auseinander. „Ein Alleinstehender, der im Monat weniger als 1 484 Euro verdient, droht in die Armut abzurutschen“, konstatierte WSR-Vizepräsident Raymond Hencks. Am höchsten ist das Armutsrisiko für Menschen mit geringem Bildungsniveau, für Arbeitslose, für Alleinstehende und kinderreiche Familien. Immerhin sind 14 Prozent der Haushalte in Luxemburg von der Armut bedroht. Ohne die Sozialtransfers würde die Quote gar bei 23,8 Prozent liegen, betonte Hencks.

Der WSR hat klare Vorstellungen, wie man die Armut bekämpfen könnte. „Da das Armutsrisiko mit zwei Einkommen relativ gering ist, müssen wir dafür sorgen, dass die Kinderbetreuung weiter ausgebaut wird“, so der Vizepräsident. Nachbessern will der WSR auch beim RMG, da durch den aktuellen Berechnungsmodus Familien mit mehreren Kindern benachteiligt werden. Bei den Sozialtransfers sprach sich Hencks klar gegen das Gießkannenprinzip aus: „Die Transfers müssen gezielt eingesetzt werden.“ Für die Alleinerziehenden fordert der WSR eine ähnliche Maßnahme wie den Kinderbonus statt des bislang üblichen Steuererabschlags. Einigermaßen kritisch bewertet der WSR die Loskopplung der Familienzulagen vom Index. Zwar fordert das Gremium nicht explizit, die bei der Tripartite beschlossene Desindexierung zurückzunehmen. In Zukunft sollte man aber besser auf solche Maßnahmen verzichten, warnte Raymond Hencks und forderte zu gegebenem Zeitpunkt eine Korrektur.

Im vergangenen Jahr hatten sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite im Wirtschafts- und Sozialrat in Bezug auf die Staatsfinanzen eine heftige Debatte geliefert. Ursache war die Einschätzung der Lage, die schließlich zur Tripartite-Runde von 2006 geführt hatte, erklärte WSR-Vizepräsident Serge Allegrezza. Nachdem sich die Situation relativ schnell entspannt hatte, hatte die Arbeitnehmerseite die Zahlen in Zweifel gezogen und von übertriebenem Pessimismus gesprochen. Genaue Prognosen seien immer problematisch, so Allegrezza, da es bei den Einnahmen erhebliche Schwankungen gebe. Zudem hätten sich die Defizite bereits 2002 angekündigt, so der Vizepräsident. Zusätzliche Statistiken und die neue

Berechnungsmethode für den Staatshaushalt (SEC 95) würden in Zukunft bessere Prognosen ermöglichen.